

GROSSER VERKEHRSPAKT STellt SICH OFFEN GEGEN AUTOMOBILFAHRER

erschienen am 23. Januar 2019

[ADAC](#), [Autobahn](#), [Benzin](#),
[Bundesregierung](#),
[Bundesverkehrsministerium](#), [Diesel](#),
[Dr. Marcus Faber](#), [Elektroautos](#),
[Emissionshandel](#), [Faber](#), [FDP](#), [FDP](#)
[Sachsen-Anhalt](#), [Freie Demokraten](#),
[Industrie](#), [Klimaschutz](#),
[Klimaschutzziele](#), [Koalition](#), [Mobilität](#),
[Steuern](#), [Tempolimit](#), [Verkehr](#),
[Verkehrskommission](#)

Zu den Vorschlägen der Verkehrskommission der Bundesregierung findet der Altmärker Bundestagsabgeordnete Dr. Marcus Faber deutliche Worte: „Diese Maßnahmen stellen einen Rückschritt für die Mobilität in Deutschland dar. Sie kosten viel und bringen für den Klimaschutz wenig.“

Die Kommission hatte zuvor in einem Arbeitspapier vorgeschlagen, ein generelles Tempolimit von 130 km/h einzuführen, höhere Steuern auf Diesel und Benzin, sowie eine Pflicht zur Nutzung von Elektromobilität einzuführen.

„Die Große Koalition stellt sich mittlerweile offen gegen die Autofahrer, das ist nicht hinzunehmen“, sagt Faber. Für einen effektiven Klimaschutz seien andere Maßnahmen sinnvoller und günstiger. „Statt Steuern auf Kraftstoffe zu erhöhen, sollten die Freien Demokraten die Ausweitung des Emissionshandels auf andere Bereiche befürworten. Nur so kann die notwendige Technologieoffenheit für Innovationen aller Art, statt

eine Fixierung von Nutzungsarten und feste Quoten.“, schlägt Faber vor. Mobilität muss aber erhalten bleiben. „Wenn die Bundesregierung die Vorschläge umsetzt, wird das kein Luxusgut. Das trifft ein Flächen- und Pendlerland wie Sachsen-Anhalt sehr schwer.“, warnt der Stendaler. Hintergrund: Nach dem Erlass eines Limit auf Autobahnen hat das Bundesverkehrsministerium am 1. März ein weiteres Treffen der Arbeitsgruppe zu mehr Klimaschutz im Verkehr. In der Lenkungskommission der Bundesregierung gehören neben der Bundesregierung auch Experten von Industrie, IG Metall, ADAC, Autoindustrieverbänden und Kommunalverbänden an. Bis Ende März soll weitergearbeitet werden, wie der Verkehrssektor zum Erreichen der Klimaziele beitragen kann.